Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an Wochen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49; sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 38; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspeditoren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „U.L.K.“, die humorist. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf., Rußland ex cl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: nach Rußland 18 M., nach Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden u. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 38; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Gr. Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 7. Berlin, Sonntag, den 5. Januar 1902. XXXI. Jahrgang.

Hierzu die Illustrirte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 2 und „Ziehungsliste“ Nr. 1.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Die Eröffnung des preußischen Landtages und der Wiederzusammentritt des Reichstages nach den Weihnachtsferien stehen unmittelbar bevor. Das unerpolitische Leben beginnt, sich mit einer gewissen Nachdrücklichkeit zu regen. Regierung und Parteien rüsten sich auf die kommenden parlamentarischen Schlachten. Während vor einem Jahre der preußische Landtag vermöge der ihm unterbreiteten Kanalvorlage gegenüber seinem reichstäglichen Mitbewerber um das allgemeine Interesse in den Vordergrund getreten war, scheint er sich diesmal mit einer Satellitenrolle begnügen zu sollen. Der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident will zwar sehen, „wie der Hase läuft“, aber er mag nicht mehr zwei Hasen auf einmal nachjagen. Deshalb verschwindet der Mittellandkanal von dem Landtagsmenu, und die Kosten der politischen Unterhaltung werden voraussichtlich allein im Reichstage durch die Zolltarifdebatten bestritten werden.

Das schließt natürlich nicht aus, daß man versuchen wird, in der Reichsvertretung mit allerhand Interpellationen Seitensprünge auf das Gebiet der auswärtigen Politik zu machen, während im preußischen Landtage höchst wahrscheinlich die Wreschener Vorgänge zu einer lebhaften parlamentarischen Erörterung Veranlassung geben werden, bei der gleichfalls gewisse Beziehungen zum Auslande gestreift werden dürften.

Was die wieder aufgeworfene Polenfrage anbetrifft, so hat das offizielle Rußland, wie man weiß, kurzer Hand die Versuche zu unterdrücken verstanden, welche das Polenthum in Szene zu setzen wußte, um von Neuem die Solidarität des russischen, österreichischen und preußischen Polenthums öffentlich zu bekunden. Nicht so im verbündeten Oesterreich, wo sich der Statthalter von Galizien im Lemberger Landtage dazu veranlaßt sah, die Stärkung des national-polnischen Bewußtseins und die nationale Einheit der Polen im Weichselgouvernement, in Galizien und in der Provinz Posen nachdrücklich hervorzuheben. Die cisleithanische Regierung befindet sich allerdings den galizischen Polen gegenüber in einer äußerst prekären Lage. Sie bedarf ihrer bei der Zerklüftung des österreichischen Reichsrathes als Schwerpunkt einer parlamentarischen Majorität. Aber wenn man auch in Deutschland diesem besonderen Umstande Rechnung trägt, so kann man sich doch nicht ohne Weiteres die anmaßende Einmischung hochgestellter staatlicher Würdenträger Cisleithaniens in Angelegenheiten gefallen lassen, die man mit Fug als rein innerdeutsche Fragen betrachtet. Der gemeinsame Minister für die auswärtigen Angelegenheiten in Wien ist selbst Nationalpole. Die Behandlung derartiger Kontroversen erfordert daher ihm gegenüber doppelte Behutsamkeit. Am Neujahrstage hat unser Botschafter in Wien, Fürst Eulenburg eine Unterredung mit dem Grafen Goluchowski gehabt, die gewissermaßen durch ein fast gleichzeitiges Gespräch des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin mit Graf Bülow ergänzt wurde. Es gehört keine besondere Divinationsgabe dazu, um zur Annahme zu gelangen, daß diese Unterhaltungen sich auf die Wreschener und Lemberger Vorgänge wie auf ihre Folgeerscheinungen bezogen.

Graf Bülow gilt in der diplomatischen Welt als ein Staatsmann von besonders gewinnenden Formen und von einer Gewandtheit, die ihn nie um ein Auskunftsmittel verlegen sein läßt. Was er aber noch nicht Anlaß hatte zu bethätigen, das ist jene energische Hand, die dem Kontrahenten imponirt, auch ohne daß der Kanzler nöthig hätte, zu Drohungen und zur Bezugnahme auf die ultima ratio seine Zuflucht zu nehmen. Aus dieser Lücke in Graf Bülows Bethätigungsvermögen mag es sich vielleicht erklären lassen, daß man ihm in manchen Kanzleien alles Mögliche zutraut, nur nicht die Bekundung jener Energie, deren Vorhandensein, wie wir aus Bismarcks Tagen wissen, allein schon die Hälfte des Erfolges bedeutet. Wie er dem Reichstage gegenüber keine Initiative für sich in Anspruch nimmt und die Dinge mehr an sich herankommen läßt, als daß er sie selbstständig förderte, so hört man sagen, daß seine konziliante Natur alles Andere eher als ein festes Zugreifen, gestützt auf die Machtmittel des Reiches, erwarten lasse.

Dem Wiener Kabinet gegenüber mag ja Graf Bülows Verhalten den Umständen durchaus angemessen sein. Trotzdem leben nicht wenige Politiker in der Besorgniß, daß seine Taktik bei den Verhältnissen, in denen wir augenblicklich vor der Wiedererneuerung des Dreibundes stehen, sich nicht als ausreichend bewähren möchte. Das Sturmlaufen gegen den Dreibund innerhalb der slavischen Welt in Oesterreich darf augenblicklich allerdings nicht überschätzt werden. Die Widersacher des Bündnisses mit Deutschland an der Donau bellen wohl, aber sie beißen nicht. Anders aber stehen die Dinge in Italien, wo die Neujahrsansprache des französischen Botschafters Barrère an die dortige französische Kolonie die Lage noch greller beleuchtet hat, als dies schon vorher in der Kammerrede des Ministers des Aeußeren, Prinetti geschehen war.

Der unverbindliche Flirt Italiens mit Frankreich, den schon Visconti Venosta eingeleitet hatte, hat sich unter der Hand bereits zu einer greifbaren Annäherung „pour le bon motif“, wie der Franzose sagt, ausgewachsen. Italien hat, was sich zu seinem Nachtheil in Tunis vollzog, in ausdrücklichem Verzicht auf frühere Hoffnungen ohne Hintergedanken anerkannt. Es hat ferner der Republik für ihre zukünftigen Pläne auf Marokko carte blanche gegeben und sich schließlich mit Wechseln auf die Zukunft begnügt, die ihm von Frankreich für Tripolis und sogar für Albanien ausgestellt wurden. Das sind Dinge, die ihm vom Dreibund nie versprochen und nie geleistet worden wären. Mag daher auch für den Augenblick die Verständigung zwischen Frankreich und Italien als eine Art von Rückversicherungsvertrag aufgefaßt werden, der den Bestand des Dreibundes zur Zeit nicht gefährdet, so wäre es doch Verblendung, wollte man sich verhehlen, daß in dieser Verständigung ein Gährungsferment enthalten ist, das mit der Zeit dem Fortbestande des Dreibundsvertrages gefährlich werden muß. In Italien giebt man sich augenscheinlich nicht Rechenschaft darüber, daß die Bürgschaft für seine staatliche Existenz, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn übernommen hatten, in keiner Weise durch die Entente mit der französischen Republik ersetzt zu werden vermag. Wenn aber auch Deutschland jetzt noch nicht nöthig hat, als Leidtragender an der Bahre des Dreibundes zu stehen, so ist es doch klar, daß die Mittelmeerverständigung Italiens mit Frankreich, die, an und für sich betrachtet, uns sogar sehr recht sein könnte, für England sehr peinliche Momente enthält.

Was Großbritannien bisher durch die Linie Gibraltar—Malta—Cypern—Egypten im Mittelmeer für gesichert halten durfte, ist dadurch ernstlich in Frage gestellt. Gewisse britische Politiker versuchten, einen Ausweg aus der unbequemen Lage dadurch zu finden, daß sie der englischen Politik einen intimeren Anschluß an Rußland empfahlen. Aber das russische Echo auf ein derartiges Anerbieten ließ entweder ganz auf sich warten, oder es erklang in einer Tonart, die nichts weniger als ermuthigend war. Anerkennung der russischen Ansprüche auf Persien, Afghanistan und die Mandschurei war das Wenigste, was man als Aequivalent für ein russisch-englisches Einvernehmen in Petersburg formulirte. Das wäre also nichts weniger denn ein Verzicht des Kabinets von St. James auf seine präponderirende Stellung in Central- und Ostasien. Man hätte zu dem Verlust des Vormachtplatzes im Mittelmeer auch noch den Verzicht auf den vorwaltenden Einfluß in Central- und Ostasien als Preis für das russische Bündniß hinzuzufügen. Das russisch-englische Bündniß erweist sich mithin als eine Chimäre.

Um so unbegreiflicher ist es, daß man in England einer bemerkenswerthen Antipathie gegen Deutschland noch immer die Zügel schießen läßt und auch den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber sich zuweilen in einer Nörglerrolle gefällt, die der britischen Politik nicht sehr dienlich sein kann. Vielleicht kommt dies Letztere daher, daß man sich in London der persönlichen Sympathien bewußt ist, die Präsident Roosevelt für das gequälte und doch immer wieder siegreiche Burenvolk empfindet. Man ist in England schon dahin gekommen, den Krieg in Südafrika nur noch ehrenhalber und mit der direkten Absicht fortzuführen, wenigstens die kostbaren Minendistrikte Transvaals vor den Angriffen der Buren zu sichern. General Kitcheners neues Blockhaussystem scheint geradezu auf diesen letzteren Zweck zugeschnitten. Aber die Einbuße an Macht und Ansehen, die England durch die Fortsetzung des uferlosen Krieges erleidet, sollte seinen Staatsmännern doch zu denken geben. Eine Intervention der Vereinigten Staaten, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, wäre heute nicht mehr ganz so undenkbar wie in den Tagen Mac Kinleys.

Präsident Roosevelt erweist sich übrigens mehr und mehr als ein Mann, der nicht so sehr wie sein Amtsvorgänger in den Spuren des nativistischen Jingothums wandelt. Auch in seinem Verhalten zum deutschen Reiche hat er gezeigt, daß er sich von den Einflüssen frei zu machen weiß, die in der sogenannten „Gelben Presse“ zur Geltung gelangen. Die offenen Erklärungen Deutschlands über sein Vorgehen gegen den venezolanischen Präsidenten Castro haben bei Roosevelt billigendes Verständniß gefunden. Er erblickt selbst in einer deutschen Exekution zur Beitreibung der venezolanischen Schuld keinen Verstoß gegen die Monroedoktrin. Präsident Castro, der, wie man sagt, die wider ihn im eigenen Lande erstandene klerikale Insurrektion jetzt niedergeschlagen, muß jetzt wissen, daß er von den Vereinigten Staaten keine Hilfe erwarten darf. Eine deutsche Note, die alle unsere Beschwerdepunkte zusammenfaßt, giebt ihm, noch ehe ein Ultimatum erlassen wurde, die vielleicht erwünschte Gelegenheit, einen äußerlich ehrenvollen Rückzug anzutreten. Dieses maßvolle Vorgehen der deutschen Politik muß schließlich auch die widerstrebendsten Jingoes davon überzeugen, daß Deutschland auf dem südamerikanischen Kontinent keinen der ihm angedichteten Eroberungspläne verfolgt. Denn es will nur sein Recht und das, was man ihm schuldet.

Diejenigen nordamerikanischen Politiker, welche sich aus diesem Grunde in vagen Kriegsdrohungen gegen Deutschland gefielen, müssen früher oder später begreifen, daß sie sich um ein Nichts erhitzten. Deutschland blieb kalt gegenüber diesen Anfeindungen in dem Bewußtsein, der Union gegenüber nicht auf der Stufe Spaniens zu stehen. Wir haben kein Kuba zu verlieren, dessen Eroberung die gesammte nordamerikanische Jugend so sehr begeisterte. Die Vereinigten Staaten, die die Unabhängigkeitsbestrebungen Kubas vom spanischen Joch so lange Jahre hindurch offen und insgeheim unterstützten, haben sich schließlich mit dem Protektorat über die Perle der Antillen begnügt. Sie mußten in Havana die Konstituirung einer Republik begünstigen, die sich jetzt in einem der Helden des Unabhängigkeitskampfes, Palma ihren ersten Präsidenten von Washingtons Gnaden gegeben hat. Ob dieser Präsident aber für alle Zeit ein gefügiges Werkzeug in den Händen der nordamerikanischen Macher und Ausbeuter zu bleiben gedenkt, ist eine Frage, über die die Ansichten der „kompetenten“ Beurtheiler zur Zeit noch weit auseinandergehen.

Die Berliner medizinische Fakultät und die Unterrichtsverwaltung.

Wir haben schon zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß die Unterrichtsverwaltung in den letzten Jahren das sichtliche Ziel verfolgt, die Fakultäten an den Hochschulen in ihrer korporativen Befugniß hinsichtlich der Wahl der Lehrkräfte so viel wie möglich zu beschränken. Es ist ziemlich gleichgiltig, ob man dies System nach dem Namen eines Ministerialdirektors oder nach dem eines Ministers bezeichnet. Die Sache ist dieselbe, wenn auch der Name sich ändert. Nach dem die Fakultäten nur zu lange in einem gewissen Fatalismus diesem System gegenüber verharrt hatten, scheint jetzt ein Stimmungswechsel in den betreffenden Kreisen sich durchsetzen zu wollen. Wenigstens läßt eine Eingabe unserer Berliner medizinischen Fakultät an den Kultusminister parlament. Kreise. Nach einer Mittheilung der „Voss. Ztg.“ fühlt sich die medizinische Fakultät dadurch beschwert, daß, ohne daß sie befragt wurde, im Unterricht in der Augenheilkunde eine eingreifende Aenderung getroffen wurde.

„Bei der Universität bestand bisher nur eine Universitätsaugenklinik, in der Ziegelstraße. Daneben gab es eine Abtheilung für Augenkranke in der Charité. Ferner dienen dem Unterrichte der Studirenden die privaten Augenkliniken eines ordentlichen Honorarprofessors und eines außerordentlichen Professors und die Poliklinken eines anderen außerordentlichen Professors und dreier Privatdozenten. Durch die Prüfungsordnung für Aerzte ist der Universitätsaugenklinik vor allen anderen Lehranstalten für Augenheilkunde ein sehr wesentliches Vorrecht gegeben. Der Kandidat der Medizin ist gehalten, wenigstens ein Halbjahr hindurch die Universitätsaugenklinik zu besuchen.

Jenen privaten Kliniken und Poliklinken stand bisher die Abtheilung für Augenkrankheiten in der Charité gleich. Unvermuthet aber für weitere Kreise wurde diese Abtheilung zu Anfang dieses Halbjahres zur Klinik für Augenkrankheiten erhoben und als solche der Universitätsaugenklinik in der Ziegelstraße gleich gestellt. Sie theilt sich fortan mit der Augenklinik in der Ziegelstraße in das Vorrecht, Praktikantenscheine für die Kandidaten der Medizin ausstellen zu dürfen.

Der dirigirende Arzt der Charitéabtheilung für Augenkranke, der bisher Privatdozent mit dem Professortitel war, wurde unter gleichzeitiger Beförderung zum außerordentlichen Professor zum Direktor der Charitéklinik für Augenkranke ernannt. Mit anderen Worten: es wurde ein zweiter mit Vorrechten ausgestatteter Lehrstuhl für Augenheilkunde an der Universität begründet.

Daß dies in aller Stille durchgeführt werden konnte, liegt daran, daß die Charité wie die Universität der ersten Unterrichtsabtheilung unterstehen. Die erforderlichen Schritte konnten gethan werden, ohne daß irgendwie über die Grenzen des Ressorts hinausgegangen wurde. Trotz der ganz offenkundigen einschneidenden Bedeutung der Neuerung im Berliner medizinischen Lehrwesen hat es die Universitätsverwaltung für vollkommen überflüssig gehalten, sich mit der medizinischen Fakultät ins Einvernehmen zu setzen.“

Hier wird also, ohne daß ein Erforderniß vorhanden ist, eine neue Lehrkraft über die Köpfe der Fakultätsprofessoren hinweg dem Lehrkörper zugefügt. Dagegen bleiben die berechtigsten Wünsche der Fakultät, wie der nach einer zweiten außerordentlichen Professur für pathologische Anatomie, dauernd unberücksichtigt. Aus welchem Grunde jenes geschieht, dieses aber unterlassen wird, das kann vermuthlich nur der — Systemträger beantworten. Heiße er im Uebrigen, wie er wolle.

• Wie erinnerlich, hat die **bayerische Abgeordnetenkammer** vor Kurzem folgenden Antrag Heim über die Zulassung von **Israeliten zur Justizverwaltung** angenommen:

„An die königliche Staatsregierung die Bitte zu stellen, Israeliten möglichst nur im Verhältnisse der israelitischen Bevölkerung zur Gesammtbevölkerung in der Justizverwaltung aufzunehmen.“

Wie nun aus München telegraphirt wird, hat der Finanzausschuß der Kammer der **Reichsräthe** (erste Kammer) auf Antrag des Referenten Ritters v. Maffei beschlossen, über den vorstehenden Beschluß der Abgeordnetenkammer **zur Tagesordnung überzugehen.**

Der Ausschuß beschloß ferner, über die in der Kammer der Abgeordneten erfolgten Angriffe auf Reichsräthe, welche Mitglied des Aufsichtsraths der Schuckert-Gesellschaft sind, weder zu verhandeln, noch Beschluß zu fassen. Offenbar kann man in der bayerischen Kammer der Reichsräthe dem demagogischen und hetzerischen Ton, den gewisse Elemente in die Abgeordnetenkammer hineingetragen haben, keinen Geschmack abgewinnen.